



Anfrage um Zuweisung eines Praktikums während der Sommermonate

Jahr 2025 (Einreichetermin: 09.05.2025, 12.00 Uhr)

Der/Die Unterfertigte __ (Nach- und Vorname) _____

geboren am _____ in _____

wohnhaft in __ (PLZ, Gemeinde, Straße) _____

Telefonnummer: _____ e-mail: _____

Steuernummer: _____

erklärt

(Ersatzerklärung im Sinne des Art. 46 D.P.R. Nr. 445/2000)

unter der eigenen Verantwortung und in Kenntnis der Bestimmungen laut Art. 76 des D.P.R. Nr. 445/2000 und des Art. 495 StGB folgendes: (Zutreffendes ankreuzen bzw. ausfüllen)

Im Besitz der italienischen Staatsbürgerschaft oder einer Gleichwertigen zu sein.

Des weiteren erklärt der/die Unterfertigte folgendes:

A)

Ich besuche die _____ Klasse folgender Oberschule: _____

(der Besuch der mindestens dritten Klasse ist Mindestvoraussetzung für die Zulassung zum Praktikum)

B)

Ich studiere folgendes/n Fach/universitätsähnlichen Lehrgang _____ an folgender Universität: _____ und bin im _____ Jahr bzw. _____ Semester ein- geschrieben und bestätige, dass ich die gesetzliche Studiendauer um nicht mehr als ein Jahr (2 Semester) überschritten habe.

C)

Ich bin für die Ausbildung folgenden Berufsbildes bei _____ eingeschrieben: (Angabe Ausbildungsinstitut)

(Einschreibungsbestätigung beilegen)

Pflegehelfer

Sozialpädagoge

Sozialbetreuer

Sozialassistent

Erzieher (auch Arbeitserzieher)

Berufskrankenpfleger

Ergotherapeut/Physiotherapeut

oder

Ich besuche das _____ Ausbildungsjahr des folgenden Berufsbildes:

- Pflegehelfer
- Sozialpädagoge
- Sozialbetreuer
- Sozialassistent
- Erzieher (auch Arbeitserzieher)
- Berufskrankenpfleger
- Ergotherapeut/Physiotherapeut

Datum und Unterschrift Antragsteller/in: _____

**Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten zur Einstellung und Verwaltung des Arbeitsverhältnisses/Praktikums
gemäß Artikel 12, 13 und 14 der EU-Verordnung 2016/679**

Im Sinne der gegenständlicher Verordnung zum Thema des Schutzes natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, muss die Bezirksgemeinschaft Salten-Schlern (in der Folge „Körperschaft“), in der Eigenschaft als „Verantwortlicher“ der Datenverarbeitung, einige Informationen in Bezug auf die Verwendung Ihrer Daten erteilen, über die sie *i)* aufgrund des Arbeitsverhältnisses oder aufgrund der von Ihnen für die Körperschaft erbrachten Tätigkeiten verfügt, oder *ii)* - bereits vorher - im Zuge von Bewerbungen und/oder Bewerbungsgesprächen.

Herkunft und Art der personenbezogenen Daten

Die personenbezogenen Daten, die die Körperschaft besitzt, werden in der Regel direkt bei den betroffenen Personen erhoben und können, gelegentlich, von Dritten stammen: z.B. Schulen, Universitäten, Ausbildungseinrichtungen, öffentliche und private Einrichtungen für Forschung und/oder Personalauswahl, Behörden, usw. Alle persönlichen Daten werden in Übereinstimmung mit der EU-Verordnung Nr. 679/2016 und den Vertraulichkeitsverpflichtungen behandelt, die seit jeher die Tätigkeit unserer Körperschaft bestimmen.

Es kann vorkommen, dass bei der Erfüllung bestimmter Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Verwaltung der Bewerbung/des Arbeitsverhältnisses – z.B. die Bereiche Buchhaltung, Entlohnung, Sozialversicherung, Sozialhilfe und Steuern betreffend – die Körperschaft in den Besitz von Daten gelangt, die in der EU-Verordnung Nr. 679/2016 (Art. 9) als "besonders" definiert, d.h. diejenigen, aus denen die Herkunft abgeleitet werden kann, oder religiöse Überzeugungen, politische Meinungen, die Mitgliedschaft in politischen Parteien, Gewerkschaften, Vereinigungen religiöser, philosophischer, politischer oder gewerkschaftlicher Natur, das Sexualleben sowie der Gesundheitsstand (beispielsweise werden als besondere Daten betrachtet: Krankheits- und Unfallbescheinigungen, Schwangerschaftsbescheinigungen, Gewerkschaftsvertretungen, Zugehörigkeit zu den sog. geschützten Kategorien, Teilnahme an Arbeitnehmervertretungen, Ergebnisse der ärztlichen Untersuchungen gemäß Gesetz und Vertrag, bestimmte öffentliche Ämter, usw.).

Wir weisen Sie darauf hin, dass die Angabe Ihrer persönlichen Daten notwendig ist, um den gesetzlichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Verwaltung der Bewerbung/des Arbeitsverhältnisses nachzukommen, sodass eine Weigerung diesbezüglich es de facto unmöglich machen würde, das vorgenannte Verhältnis mit Ihnen ordnungsgemäß umzusetzen.

Die Verarbeitung Ihrer Daten ist gemäß Art. 6, Buchstaben a), b), c) und f) der zitierten EU-Verordnung Nr. 679/2016 erlaubt.

Zweck der Datenverarbeitung

Die personenbezogenen Daten werden im Rahmen der normalen Tätigkeit der Körperschaft und für folgende Zwecke bearbeitet:

a) Zwecke im Zusammenhang mit Verpflichtungen aus Gesetzen, Verordnungen und EU-Bestimmungen, sowie Bestimmungen von Behörden, die dazu gesetzlich befugt sind, und von Aufsichts- und Kontrollorganen (z.B. in den Bereichen Rechnungslegung, Entlohnung, Vorsorge, Fürsorge, Steuern und Einhaltung von Transparenzvorschriften in der öffentlichen Verwaltung);

b) Zwecke, die eng mit der Verwaltung der Bewerbung/des Arbeitsverhältnisses verbunden sind (wie z.B., aber nicht ausschließlich, die Ablage von persönlichen Daten, Studententitel, Fremdsprachenkenntnisse, beruflicher Hintergrund, Erstellung von internen IT-Benutzern und Prozessen wie Login, E-Mail, Intranet, persönliche Kalender/gemeinsame Kalender, Helpdesk, Telefonanlage; usw.);

c) Zwecke, die im Zusammenhang mit der Verwaltung der Bewerbung/des Arbeitsverhältnisses stehen (wie z.B. die Angabe von Namen für die Teilnahme an Seminaren und/oder Freizeitaktivitäten und/oder Sportveranstaltungen, die Übermittlung, auf Antrag der Bürger, von Daten und/oder Lebensläufen der mit dem Auftrag beauftragten Personen, usw.), um die beruflichen Eigenschaften und Leistungen zu optimieren;

d) Veröffentlichung personenbezogener Daten, einschließlich jener des Multimedia-Bereichs (wie Fotos, Video- und Audioaufzeichnungen) auf der institutionellen Internetseite der Körperschaft, in gemeindlichen/übergemeindlichen Intranet-Anwendungen oder in anderen Veröffentlichungen, außerhalb der in den Transparenzvorschriften der öffentlichen Verwaltung vorgesehenen Fälle;

e) Zwecke der Computersicherheit und Vertraulichkeit von Informationen, auch mittels automatisierter Software zur Verhinderung und/oder Überwachung von Verstößen gegen unsere Systeme und/oder Verhaltensrichtlinien.

Die Bereitstellung durch die betroffene Person der für die Verfolgung der unter Buchstabe a) genannten Zwecke erforderlichen Daten ist obligatorisch, und eine etwaige Weigerung der Bereitstellung führt dazu, dass die Körperschaft nicht in der Lage ist, den spezifischen rechtlicher Verpflichtungen nachzukommen und somit die Bewerbung/das Arbeitsverhältnis mit Ihnen zu verwalten.

Die Bereitstellung durch die betroffene Person der für die Verfolgung der unter Buchstabe b) genannten Zwecke erforderlichen Daten ist freiwillig, aber eine eventuelle Weigerung würde es der Körperschaft de facto unmöglich machen, die Bewerbung/das Arbeitsverhältnis mit Ihnen ordnungsgemäß zu verwalten.

Die Bereitstellung durch die betroffene Person der für die Verfolgung der unter den Buchstaben c), d) und e) genannten Zwecke erforderlichen Daten ist fakultativ und bedarf zu ihrer Behandlung der ausdrücklichen Zustimmung der betroffenen Person, mit Ausnahme spezifischer Bestimmungen in diesem Bereich; eine eventuelle Weigerung, Ihre personenbezogenen Daten für die oben genannten Zwecke zur Verfügung zu stellen, würde es der Körperschaft unmöglich machen, die Bewerbung/das Arbeitsverhältnis mit Ihnen weiterzuführen.

Verarbeitungsmethoden

Die Daten werden mit informatischen Systemen und/oder in händischer Form verarbeitet, jedenfalls mittels geeigneter Verfahren, welche die Sicherheit und Vertraulichkeit und die Verfügbarkeit derselben gewährleisten.

Für den Fall, dass die personenbezogenen Daten der betroffenen Person nicht direkt bei ihr erhoben werden, informiert der Verantwortliche, gemäß Art. 14 Buchst. g) der Verordnung, dass keine automatisierten Entscheidungsprozesse, einschließlich der Profilerstellung gemäß Art. 22 Absätze 1 und 4 vorgenommen werden.

Die Mitteilung der Daten

ist, mit Ausnahme der in der vorliegenden Information angegebenen Fälle, in denen die Zustimmung vorgesehen ist, obligatorisch für die Verwaltung der Bewerbung/des Arbeitsverhältnisses und bedarf nicht der Zustimmung der betroffenen Personen.

Die fehlende Mitteilung der Daten hat zur Folge

dass Gesetzespflichten missachtet werden und/oder dass diese Körperschaft daran gehindert wird die Bewerbung/das Arbeitsverhältnis zu verwalten.

Die Daten können mitgeteilt werden

allen Rechtssubjekten (Ämtern, Körperschaften und Organen der öffentlichen Verwaltung, Betrieben oder Einrichtungen), welche im Sinne der Bestimmungen verpflichtet sind, diese zu kennen, oder diese kennen dürfen, sowie jenen Personen, die Inhaber des Aktenzugriffsrechtes oder des allgemeinen Bürgerzugangs sind. Im Falle von besonderen personenbezogenen Daten und/oder von Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten erfolgt die Mitteilung an die in der Verordnung für die Verarbeitung von sensiblen und Gerichtsdaten (Maßnahme der Datenschutzbehörde vom 30.05.2005) angegebenen Rechtssubjekte und in den dort angeführten Formen.

Die Körperschaft kann die Daten des Interessenten auch an die folgenden Kategorien von externen Subjekten weitergeben:

1. Bürger;
2. Dienstleister und Lieferanten, mit denen ein vertragliches oder vorvertragliches Verhältnis besteht;
3. Versicherungsunternehmen;
4. Gesundheitsorganisationen, medizinisches Personal;
5. Vorsorge- und Fürsorgeeinrichtungen und andere öffentliche Körperschaften;
6. Einrichtungen, an denen die Gemeinden beteiligt sind und/oder Arbeitsgruppen die in Konsortien gebildet werden oder die Autonomen Provinz Bozen und ihre autonomen Einrichtungen, die Handelskammern, usw.

7. Verbände von Unternehmern und Unternehmen sowie Berufsverbände;
8. Universitäten, Forschungsinstitute, Ausbildungseinrichtungen, Berufsvereinigungen.

Für die Mitteilung an die in den Nummern 6) 7) und 8) genannten Subjekte ist die Zustimmung der betroffenen Person erforderlich, die Sie durch Ankreuzen des entsprechenden Kästchens am Ende dieser Information erteilen können. Wir informieren Sie, dass die Bezirksgemeinschaft ohne Ihr Einverständnis nur solche Operationen durchführen kann, die keine solche Mitteilungen mit sich führen.

Die von uns erhobenen und verarbeiteten personenbezogenen Daten können an Subjekte mit Sitz oder Wohnsitz in der Europäischen Union - die ebenfalls der Verordnung unterliegen - und auch in Nicht-EU-Ländern mitgeteilt werden, vorausgesetzt, in diesem letztgenannten Fall, dass die Übermittlung durch eine Maßnahme der Behörden zum Schutz personenbezogener Daten oder durch bilaterale Verträge, die das gleiche Schutzniveau wie in der Verordnung selbst gewährleisten, als rechtmäßig anerkannt wird.

Die Daten können

vom Verantwortlichen, von den Auftragsverarbeitern, dem Datenschutzbeauftragten, den Beauftragten für die Verarbeitung personenbezogener Daten und vom Systemverwalter dieser Verwaltung zur Kenntnis genommen werden.

Darüber hinaus können die Daten von Personen, die speziell mit der technischen, organisatorischen und administrativen Verwaltung betraut sind, eingesehen werden, sowie von Fachleuten, die die Arbeit der betreffenden Person in Anspruch nehmen werden.

Die Daten werden

ausschließlich in dem von den Bestimmungen erlaubten Rahmen verbreitet.

Zeitliche Dauer der Datenverarbeitungen und der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die Verarbeitungen laut vorliegender Information werden zeitlich nur so lange andauern wie unbedingt notwendig, um der Erfüllung der Verpflichtungen nachzukommen, die dem Verantwortlichen durch nationale und/oder staatenübergreifende Gesetze, sowie durch die Gesetze der Länder, in die die Daten gegebenenfalls übermittelt werden, auferlegt worden sind.

Beispielsweise werden personenbezogene Daten für die gesamte Dauer des Arbeitsverhältnisses und anschließend für weitere 5 Jahre unter Beachtung der steuerlichen Vorschriften, und/oder für 10 Jahre i.S. der ordentlichen Verjährungsfrist, verarbeitet und gespeichert.

Rechte der betroffenen Personen

Es wird abschließend darauf hingewiesen, dass die Artt. 15 bis 22 der EU-Verordnung den betroffenen Personen besondere Rechte verleihen. Insbesondere können die Betroffenen vom Verantwortlichen in Bezug auf die eigenen personenbezogenen Daten einfordern: das Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 13, Abs. 2, Buchst. d), das Auskunftsrecht (Art. 15); das Recht auf Berichtigung (Art. 16); das Recht auf Löschung - Recht auf Vergessenwerden (Art. 17); das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18); die Mitteilungspflicht im Zusammenhang mit der Berichtigung oder Löschung oder Einschränkung (Art. 19); die Datenübertragbarkeit (Art. 20); das Widerspruchsrecht (Art. 21) und den Ausschluss automatisierter Entscheidungsprozesse einschließlich Profiling (Art. 22).

Verantwortlicher, Auftragsverarbeiter, Datenschutzbeauftragter

Verantwortlicher der Datenverarbeitung ist diese Verwaltung mit Sitz in 39100 Bozen, Innsbruckerstraße 29;
 Auftragsverarbeiter der personenbezogenen Daten ist Frau Oberkofler Doris (Verantwortliche des Amtes für Personalverwaltung und Organisation), mit Domizil für dieses Amt am Sitz des Verantwortlichen;
 Datenschutzbeauftragter ist Herr Paolo Recla, e-mail p.recla@prlegal.it, mit Domizil für dieses Amt am Sitz des Verantwortlichen.

Erteilung der Zustimmung

Zumal - wie in der mir gemäß der EU-Verordnung 2016/679 zur Verfügung gestellten Information dargestellt - die Durchführung einiger Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten, sowie die Weitergabe einiger Daten an Dritte, der vorherigen Zustimmung der betroffenen Person bedarf,

erteile ich die Zustimmung;

erteile ich die Zustimmung nicht.

Datum und Unterschrift Antragsteller/in: _____

N.B.: Einfache Kopie der gültigen Identitätskarte des Antragstellers (Vorder- und Rückseite) beilegen!